

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

14.5.1873 (No. 112)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 112.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 52 kr. vierteljährlich.

Mittwoch, 14. Mai

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

* Badisches und Reichspolitisches.

Nach der „Neuen Bad. Landeszeitung“ hätten wir, wenn wir den Sinn des Artikels recht verstanden haben, in unseren badischen officiellen Regionen zwei Strömungen, von denen die eine im Justizministerium ihren Sitz hätte und sich laut „Karlsruher Zeitung“ in Sachen des Reichsgerichtshofs in centralistischer Weise wirksam zeige, während im Gegensatz dazu eine andere Richtung bestünde, über deren Intentionen preussische Blätter, wie die „Spener'sche Zeitung“, besser unterrichtet seien als die „Karlsruher Zeitung“ und die nebenofficielle „Landesbote“. Von letzterer wird insbesondere hervorgehoben, daß sie „in neuerer Zeit wieder an Tölpelhaftigkeit das Unglaubliche leistet.“ Wir haben diese Karlsruher Mittheilung des demokratischen Blattes bisher unbeachtet gelassen, da wir es uns kaum für möglich denken konnten, daß Herr Jolly wirklich auch nur eine Stunde daran gedacht haben sollte, trotz der von ihm betonten „badischen Eigenheiten“ im Ernste nach Berlin hin Fronte zu machen. Indessen kommt jetzt abermals eine Mittheilung aus Berlin, die wir gestern unseren Lesern gebracht haben, wornach es gleichwohl den Anschein hat, als ob in der That das Ministerium Jolly, nachdem es so viel geoffert, „daß ihm zu thun fast nichts mehr übrig bleibt,“ plötzlich bei dem sauve qui peut angelangt ist und sich in eine Reihe mit dem bayerisch-württembergischen Particularismus stellt. Eine merkwürdige Wandelung! Wie, wenn wir Ultramontane, etwa bei Wahlen, einmal so malitios wären, als „Reichsfreunde“ das „reichsfeindliche Ministerium Jolly“ zu bekämpfen? Doch mag man hierüber beruhigt sein, — wir holen dem Fürsten Bismarck keine Kastanien aus dem Feuer. Hat er's doch nicht verstanden, die Ultramontanen, die nach dem französischen Kriege keinen Grund und keine Lust mehr hatten — die Bayern zum Theil ausgenommen — die frühere, nun unmöglich gewordene großdeutsche Politik fortzusetzen, zu Freunden seiner neuen Schöpfung zu machen; hat er sie doch im Gegentheil für vaterlandslos erklären lassen und eine Politik auf dem Gebiete der Kirche eingeschlagen, die die unverföhnlichsten Gegensätze aufgethürmt und die einen Kampf zur Folge hat, der nach unserer Meinung nur mit dem Rücktritt des Reichskanzlers Bismarck oder mit dem staatlichen Verbot der katholischen Kirche in Deutschland enden kann.

Welch' ein Kampf! Die Bismarck'schen Blätter freilich höhnen über die Machtlosigkeit der Gegner mit einem Uebermuth, der die sichere Strafe in sich selbst trägt und den Hochmuth zu Falle bringen wird. Man wird den Fuldaer Protest zu anderen legen, — als Maculatur, so hat uns das Preßbureau versichert, und durch noch schärfere Gesetze, die wir den Kirchengesetzen zur Seite geben, werden wir deren Durchführung erzwingen, hat Minister Falk im Siegerton den Landboten verkündet. Wer will da widerstehen? Und doch, ihr Kurzsichtigen, seht ihr nicht, daß das ganze System des „großen Staatsmannes“ am Schiffbruch angelangt ist! Blickt doch um Euch: ist nicht im ganzen Reich so rasch schon nach all' den glorreichen Siegen das Mißvergnügen auf dem Gipfelpunkt? Wir reden nicht von den Katholiken, nicht von ihrer Kirche, — was ein Bismarck ihnen geboten hat, ist zu arg, als daß das zerschnittene Tisch Tuch einmal noch geflickt werden könnte. Schauen wir auf die Staaten im Reich ringsum, — sie sind alle tief verstimmt von Bayern bis Braunschweig wegen des „decorativen Charakters“, der ihnen allein noch übrig geblieben ist. Sind die andern, um mit Windthorst zu reden, „Reichsprovinzen“, so ist man gegen Baden — Dank seiner eigenen Schuld! — noch einen Schritt weiter gegangen: es soll bloß preussische Provinz sein, — und hinc illae lacrymae in Karlsruhe! Und da wir doch einmal bei Baden sind, so glauben wir nicht, daß die Verstimmung hier allein sich auf die Brachlegung unserer Eisenbahnen be-

zieht durch einen Tarif im linksrheinischen Reichsland, der die Concurrenz in einer Weise ausbeutet, die kaum mehr anständig genannt werden kann. Wir unterschätzen diesen Factor in der badischen Verstimmung nicht, denn er packt uns an dem empfindlichsten Punkte, wo die Gemüthlichkeit bekanntlich aufhört; er ist zugleich auch die Antwort auf die Zurückweisung der preussischen Gelüste nach dem Besitz unserer Eisenbahnen, — ein Druck, der das bald werthlos gemachte Object um so billigeren Preises dem Kauflustigen könnte zu Theil werden lassen. Ein Artikel der „Neuen Bad. Landesztg.“ aus Mannheim ist sehr lehrreich über diesen Punkt und verdient in weiteren Kreisen gelesen zu werden. Es heißt dort:

„Das sind wirklich hübsche Nachrichten aus Berlin! Die Tarife auf den elsässischen Eisenbahnen sind so reducirt, daß diese sich nur zu 2 1/2 Procent rentiren und daß sie bereits einen Zuschuß von 145 Millionen Thalern erforderten; auf den Kopf der dortigen Bevölkerung beinahe 100 Thlr. Ein dergleichen Betrieb der Eisenbahnen in Deutschland würde eine Capitalaufwendung von 3800 Millionen Thalern erfordern, welche die Steuerzahler zu Gunsten der niedrigen Frachtsätze aufzubringen hätten. Nun geht uns allerdings ein Licht auf über die badischen Eisenbahnschmerzen und darüber, warum von betheiligter Seite die elsässischen Frachtsätze über den Schellenkönig gelobt werden. Im gewöhnlichen Geschäftsleben würde man das Verfahren der elsässischen Eisenbahnen als Stümperei bezeichnen, als eine unsolide Wirthschaft, die auf die Dauer gar nicht aufrecht zu erhalten ist. Sie kann nur den Zweck verfolgen, die Concurrenz der badischen Eisenbahnen zu beeinträchtigen, und das ist allerdings sehr bezeichnend für den reichsfeindlichen Speculationsgeist, dessen man sich von der Reichsverwaltung zu versehen hat. So lohnt man unsere Opferthätigkeit, unsere selbstlose Hingabe und wie alle diese schönen Phrasen geheißt haben mögen, mit denen man der Welt klar machte, daß wir Idealisten und Schwärmer sind, das Rechnen und die Beachtung unserer realen Interessen verlernt haben. Herr Jolly thut gut daran, nach Berlin zu reisen. Er mag unruhig werden bei Beobachtung der Folgen begangener Mißgriffe.“

Das sind gewiß Gründe zur Verstimmung genug, allein es sind sicher nicht die einzigen. Man hat uns noch allerlei Anderes berichtet, wovon wir aber vorerst noch keine Notiz nehmen wollen, so lange noch Einiges dabei einer genaueren Erforschung bedarf. Allein das glauben wir jetzt schon sagen zu können, daß die Richtung, die in der Umgebung des Kronprinzen herrscht und die dem Reichskanzler nicht besonders gewogen ist, auch ihre Anhänger in Karlsruhe zählt, — und das mag für heute genügend sein.

Wer aber wollte vollends die tiefe Mißstimmung unter allen Parteien des Reiches hinwegwünschen? Es hilft nichts, wenn die Officiösen des Preßbureaus sich auch noch so viele Mühe geben, den wahren Standpunkt der Dinge durch Schönfärbereien zu vertuschen, es hilft auch auf die Dauer nichts, wenn man mühsam die Einigkeit unter heterogenen Elementen dadurch zu erhalten strebt, daß man die Jagd auf das „Schwarzwild“ zur gemeinsamen Parole macht, — von Zeit zu Zeit bricht auch unter den Ergebensten der Ummuth aus, und an Stoff dazu kann es wahrlich nicht fehlen. Die Conservativen sehen sich von dem Reichskanzler weit zurückgestoßen, — sie sind in seiner Presse schon fast für Reichsfeinde erklärt; die nun vereinigten Fortschrittler und Nationalliberalen freuen sich des Kampfes gegen die „Ultramontanen“, aber im Uebrigen sind sie trotz aller Devotion in diesen und jenen Dingen sehr falsche und zweideutige Freunde, die des Druckes aus dem Reichskanzleramt ebenso müde sind wie alle anderen Parteien und sich nach den Tagen sehnen, wo ihr Weizen blühen soll und wo eine „neue Aera“ parlamentarischen Zuschnitts sie zur Herrschaft erhebt. Das

neue Preßgesetz — man sagt, es soll wieder zurückgezogen werden — ist ebenso wenig nach ihrem Geschmack, wie nach dem aller andern Leute; denn wenn es auch sehr bequem sein mag, die verhassten „Ultramontanen“ auf's Schwerste zu schädigen, so muß doch ihr eigenes Interesse auch deren Gegnern sagen, daß es ein zweischneidiges Schwert ist, das jeder selbstständigen Regung, jedem freien Wort auch auf ihrer Seite den Garauß machen wird, daß es nur noch das unbedingte Ja eines tief devoten Lakienthums dulden würde, wie es die traurigsten Reactionsperioden im Leben der Völker nicht schlimmer gesehen hätten. Das Reichspreßgesetz, so wie sein Inhalt von der Presse stizzirt wurde, ist unmöglich; es ist sogar bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages unmöglich! Aber mag es wirklich vorgelegt oder zurückgezogen werden, — einerlei, das Mißtrauen ist einmal wach und das Wort, das in der Presse wie im Reichstag schon oft gehört wurde, daß der Reichskanzler keinen Widerspruch ertrage, erhält dadurch neue Bestätigung und wird zur Befestigung seiner Stellung nicht beitragen.

Und zu alle dem noch die Calamität des Diätenmangels! Welche Partei — wenige reiche Herren ausgenommen — vermöchte auf die Dauer sich der Vernichtung durch dieses Grundübel unseres Reichsparlamentarismus zu entziehen! Wir wollen keine weiteren Worte hierüber verlieren, der Gegenstand ist allenthalben zur Genüge erörtert, und wenn die badische Regierung, wie es heißt, im Bundesrathe dem Reichskanzler entgegen die Initiative zur Abstellung dieses Uebels ergreifen wollte, so würde sie in der That einen glücklichen Griff thun, wie jeder Unparteiische anerkennen müßte.

Die Verstimmung in allen Abgeordnetkreisen über die Diätenlosigkeit ist aber um so größer, als der Reichstag stets neben den preussischen parlamentarischen Körperschaften tagen muß, keinen hinreichenden Stoff für seine Sitzungen hat, diese häufig unterbrechen muß und in's Endlose hinausgezogen wird, wodurch der vollständigste Mangel an Freudigkeit für den Beruf eines Abgeordneten entsteht und das Mandat lediglich als eine lästige Pflicht und Bürde aufgefaßt wird. So kann's nicht mehr fortgehen, das muß Jeder einsehen, der die nicht widerlegten Schilderungen von Mallinckrodt u. A. liest, wie die Abgeordneten — die preussischen wenigstens — vom Reichstag in die Häuser des Landtags herüber und hinüber zum Abstimmen jagen müssen und nicht einmal Zeit haben, sich nur zu überlegen, über was sie zum Wohl oder Uebel von Millionen ihr Votum abzugeben haben! So kann es nicht fortgehen, daß wenn sie in einer beliebigen Frage nach Pflicht und Gewissen mit Nein antworten, das Preßbureau ihnen die „Reichsfeindlichkeit“ an den Kopf wirft, wie dies die Magdeburger und Norddeutsche Allgemeine Zeitung anlässlich der Beibehaltung des Zweimarkstücks sich erdreistet haben!

Und blicken wir auf die Massen und ihre jüngsten Kraftäußerungen in Südwestdeutschland, — wer wollte zweifeln, daß sie täglich schwieriger werden und täglich mehr in hellen Haufen der Socialdemokratie — also der völligen Negation von Staat und Kirche — in die Arme geworfen werden, je mehr sich die Thatsache herausstellt, daß jeder Widerspruch in gesetzlichen Schranken nach oben verpönt, jede Gegnerschaft des wechselnden Ministerialismus für Reichsfeindschaft verschrien und in die Acht erklärt wird? Wir brauchen politische Oppositionsparteien und haben bis jetzt nur eine kirchliche; wo aber erstere fehlen, wühlt im Stillen die Revolution.

Wir haben vor einiger Zeit einmal gesagt, so groß auch das Talent des Reichskanzlers sei im Schürzen und Zerhauen des diplomatischen Knotens der Politik nach Außen, so hielten wir ihn für einen sehr kleinen Staatsmann im Aufbauen und Ordnen neuer, großartiger Schöpfungen im inneren staatlichen Leben. Wir waren des Widerspruchs

gewärtig und fanden ihn. Wir bleiben heute um so fester bei jener Behauptung stehen, nachdem wir die Umrisse des babylonischen Thurmes gezeichnet haben.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 9. Mai. (Germ.)

Berathung (Generaldiscussion) über die Gesekentwürfe, betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, und über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten.

Abg. v. Mallinckrodt: „Meine Herren! Es fehlen nur noch ein paar Abstimmungen, dann sind die Waffen geschliffen, und die Regierung kann zum Werke schreiten. In dem Augenblick ist es doch wohl von Interesse, noch einen allgemeinen Blick auf die Stellungen zu werfen, um so mehr, als die Verhandlungen, die seit unsern letzten Debatten in dem andern Hause geführt worden sind, doch noch ganz interessante Schlaglichter geworfen haben.“

Ich möchte zwei Gruppen unter unsern Gegnern unterscheiden: einmal diejenigen, die mit der Regierung, aber hinter der Regierung gehen, und dann diejenigen, die mit, aber neben der Regierung marschiren.

Was die erstere Gruppe angeht, so wird die durch die Regierung gebildet, und ich habe mit ihr und ihren Motiven nicht weiter zu befassen. Wichtiger ist die Gruppe, die mit und neben der Regierung sich bewegt, es sind das die „liberalen“ Parteien. Der prägnanteste Typus des „Liberalismus“ ist im Laufe der Debatten zur Erscheinung gekommen in der Person des Herrn Abg. Birchow. Er mag immerhin zu den Fortgeschrittenen unter den „Liberalen“ gehören, allein, m. H., am Ende ist er auch noch nicht angekommen, und jedenfalls befindet er sich in einer ganz anerkennenswerten Konsequenz und zeichnet sich dadurch aus, daß er nicht selten die Freundlichkeit hat, sich recht offen über seine Gesichtspunkte zu äußern. Er stellt dies Princip der religiösen Freiheit auf, aber, m. H., nur der Freiheit des Individuums in seiner Isolirung; der Einzelne mag denken, glauben, lehren, was er will, aber die Freiheit hat er nicht, an eine von Gott gestiftete Kirche zu glauben (Sehr wahr! im Centrum.), sich deren Autorität aus freier Ueberzeugung zu unterwerfen und für die gesammte Kirche die gleiche Freiheit zu beanspruchen, die dem Individuum gewährt wird. Das, m. H., ist ein Standpunkt, der die selbstständige Berechtigung der Kirche schlechthin leugnet, und er bestreitet zugleich auch dem Einzelnen das Recht, sich frei unterzuordnen. Hierbei ist Eins besonders interessant. M. H., während der Gemeindestandpunkt, den diese Auffassung einnimmt, bei vielen Dingen gar kein Bedenken darin findet, eine Majorität gegen ihre Ueberzeugung, gegen ihre Interessen und selbst gegen ihr Gewissen durch Zwang zur Unterwerfung zu forciren, da protestirt sie feierlich dagegen, daß eine Minorität aus eigener freier Ueberzeugung sich einer geistigen Autorität füge. Das ist ein argen Widerspruch, in dem diese Auffassung mit sich selbst steht. Einer solchen Richtung kann eine Kirche nur noch in der Lage der Duldung erscheinen, es bleibt nur noch eine Frage der Zeit, wie lange die Duldung dauern soll. Inzwischen wird die jetzige Gelegenheit bereitwillig benutzt, um die Quellen des frischen Lebens für den kirchlichen Organismus abzugraben und zum Austrocknen zu bringen, um dann schließlich die Kirche selbst hinscherben zu lassen. Nun muß man aber so gerecht sein anzuerkennen, daß diese Auffassung sich keineswegs lediglich gegen die Kirche richtet, sondern mit gleichzeitiger Gerechtigkeit behandelt diese Partei auch den Staat nach ganz gleichartigen Gesichtspunkten. Daher, m. H., haben Sie denn die Lehre von der Volkssouveränität, Sie haben den Widerspruch gegen das Königthum von Gottes Gnaden, Sie haben ein mitleidiges Lächeln gegenüber der Ansicht, daß man um der religiösen Pflichten willen der Obrigkeit zum Gehorjam verpflichtet sei in uralten Dingen. (Hört, hört! links.) Sie haben auch das Princip des Revolutionsrechts. Nun, m. H., ich habe schon gesagt, es ist das ein etwas fortgeschrittener Standpunkt; übrigens zieht die abgeschwächtere „liberale“ Auffassung sich ja herüber selbst bis auf die rechte Seite des Hauses in die behagliche Umgebung des Herrn Abg. Overweg (Große Heiterkeit), und da, m. H., trifft Sie zusammen mit dem ersten Vertreter der Regierung.

Der erste Vertreter der Staatsregierung ist natürlicher Weise der Herr Cultusminister. Ich will darüber keine Meinung äußern, ob die Seele des Herrn Cultusministers nicht schon auf der „liberalen“ Seite des Hauses lebt, der Körper scheint mir der conservativen Seite noch etwas näher zu sein. (Heiterkeit.) Ich erinnere nur daran, daß in den Motiven zu den Gesekentwürfen, die durch die Krone uns zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt worden sind, unter Andern insbesondere das Vaticanum mit seinem Infallibilitätsdogma als ein Hauptmoment bezeichnet worden ist, das die jetzige Situation verschulde. Ich gehe darauf aber nicht weiter ein, hervorzuheben habe ich heute nur eine Aeußerung, die seitens des Herrn Vertreters der Staatsregierung in dem andern Hause gethan worden ist. Es war dort die Rede von den Verfassungsbestimmungen vom Jahre 1850, von der Haltung der „liberalen“ Partei damals und jetzt; da erklärte der Herr Cultusminister, die Stellung, die die „liberale“ Partei im Jahre 1848 resp. 1850 eingenommen habe, das sei eben ein Versuch gewesen, seitdem aber habe man sehr bedenkliche Erfahrungen machen müssen, und diese Erfahrungen hätten eben dazu gezwungen, einen anderen Weg einzuschlagen. Ich habe mir diese Sache nur immer so zurechtgelegt: ich habe mir gesagt, im Jahre 1850 waren die verschiedenen Parteien sich der Gegenseite, die zwischen ihnen bestand, ganz vollkommen bewußt, aber man war auch unter einander darüber einig, daß gerade im Kampfe der verschiedenen Principien Freiheit gegeben werden müßte für das geistige Ringen, und man war einig im Vertrauen auf die siegende Kraft der Wahrheit. Nun hat freilich Jeder dabei noch so seine Nebengedanken gehabt, also beispielsweise die „liberalen“ werden sich gesagt haben: ja, wenn die Sonne der Aufklärung erst mal so recht frei und warm ins Lande hineinscheint, dann wird der Sumpf von Aberglauben und Frömmelerei, und was weiß ich allem, sehr bald austrocknen. Die kirchlichen Richtungen haben ihrerseits im Glauben an die Wahrheit ihrer Ueberzeugungen auch auf

deren Sieg vertraut, und, m. H., das Vertrauen, das besteht sie auch heute noch, nicht nur im geistigen Ringen, sondern auch im Ringen mit der ganzen Macht der Regierung. Aber hier steht auch der Unterschied; bei den „Liberalen“ da scheint mir das Selbstvertrauen auf die eigene Kraftstärke Einbuße erfahren zu haben (Sehr gut! Bravo! im Centrum.), und insofern hatte das Mitglied des Herrenhauses, gegen das die Aeußerungen des Herrn Cultusministers speciell gerichtet waren, gar nicht so Unrecht, wenn es seine liberalen Freunde von ehemals daran gemahnte, daß sie heute nicht auf dem Boden ständen, den sie vor zehn und vor zwanzig Jahren mit so vieler Empfindung für den ihrigen und für den Standpunkt der „liberalen“ Welt erklärt haben. (Sehr wahr! im Centrum.) Er hatte gar nicht so Unrecht, wenn er seinen ehemaligen Freunden vorhielt, daß sie jetzt sich einer Reaction schlimmster Art zugewendet hätten, (Sehr richtig! im Centrum.) der Reaction, m. H., ins achtzehnte Jahrhundert hinein. Gleichwohl ist die Tendenz, die seitens des Herrn Cultusministers vertreten worden ist, so weit es sich eben um den Willen dieser Persönlichkeit handelt, wohl nicht so ganz böse geartet. Wenn von dieser Seite gesagt worden ist, es handelte sich gar nicht um einen Vernichtungskampf gegen die Kirche, so glaube ich, daß es sich für die Herren, die auf dem Standpunkte stehen, um einen Vernichtungskampf allerdings noch gar nicht handelt; diese Moderados sind überhaupt noch nicht so schlimm. (Heiterkeit.) Da ist eben Halbheit zu Hause, da sucht man immer mit milden Mitteln durchzukommen, daher hofft man denn auch, man käme schon mit ein bißchen Bevormundung so weit, wie man zu kommen braucht, und deshalb das alte Bevormundungsprincip, welches sonst die „liberale“ Welt so weit von sich weist, gegenüber der Kirche; man fügt noch ein bißchen Nachhelfen bei der Erziehung hinzu und denkt, dann werde sich die Sache schon machen.

So lagen die Dinge, als der erste Vertreter der Staatsregierung Stellung genommen hatte. Aber da, m. H., erschien ein Secundant. Man hätte nun freilich erwarten sollen, das würde etwa der Justizminister oder der Minister des Innern sein, oder auch der Ministerpräsident; aber bewahre Gott, es war der Minister der auswärtigen Angelegenheiten. (Heiterkeit.) Zu seiner Legitimation wurden auch gleich ein paar auswärtige Angelegenheiten mit hineingeflochten, die freilich das Mitglied, gegen welches diese Aeußerungen zunächst gerichtet waren, gleich nachher zu der persönlichen Bemerkung veranlaßten, es habe von auswärtiger Politik gar nicht gesprochen.

Wein, m. H., da doch einmal von auswärtiger Politik die Rede war und bei der Gelegenheit auch speciell ein Punkt berührt worden ist, der auf eine Aeußerung Bezug nahm, die bei einer früheren Gelegenheit in diesem Hause von mir selbst ausgegangen ist, so müssen Sie mir schon erlauben, daß ich meinen allgemeinen Gedankengang für einen Augenblick unterbreche und eine Gegenbemerkung einschleibe. Die Herren werden sich vielleicht erinnern, daß ich einmal bei einer früheren Gelegenheit einer Zeitungsnachricht erwähnt habe, die im Jahre 1870 oder Anfang 1871 durch die Welt lief und des Inhalts war, es sei gleich nach der Schlacht von Sedan eine Aenderung nach Italien gegangen, die eine gewisse Anregung und Freiheit in Beziehung auf die Action gegen Rom gegeben hätte. Es ist von verschiedenen Stellen, in officiösen Zeitungen, auch von dem Herrn Reichskanzler selbst einige Male Gelegenheit genommen worden, sich hierüber zu äußern. Die Aeußerungen leiden allemal an einem etwas bedenklichen Mangel, sie widersprechen nämlich nicht bloß, sondern sie suchen den Widerspruch zu begründen; die Begründung aber trifft einen ganz verkehrten Punkt, die läuft nämlich allemal darauf hinaus, daß die Regierung offenbar nicht in der Lage gewesen wäre, dem Italien, welches die Garibaldianer unseren Truppen gegenüber gestellt habe, ein freundliches Gesicht zu machen; und diese Auffassung beherrscht so sehr die Anschauung, daß auch jetzt bei der letzten Aeußerung des Herrn Reichskanzlers der Schlußsatz der war: „Sie sehen, wie dreist diese Erfindung gewesen ist, wir hätten mit Garibaldi Beziehungen gehabt, um die damalige Stellung des Papstes zu erschüttern.“ Ja, sehen Sie, m. H., darin steht allerdings Erfindung, denn es ist das von Niemandem behauptet worden, ich wenigstens habe eine derartige Aeußerung nicht nachgesprochen, sondern ich habe lediglich einer Nachricht erwähnt, wonach die fragliche Aeußerung unmittelbar nach Sedan, also vor der Republik und vor den Garibaldianern gegeben sein sollte, und ich würde mich nur freuen können, eine derartige Nachricht ebenso einfach als entschieden desabonirt zu sehen. Um Ihnen aber, da mir die fraglichen Zeitungen nicht zur Hand sind, doch einen Nachweis dafür zu liefern, daß ich meine Aeußerung nicht so ganz aus der Luft gegriffen hatte, so gestatten Sie mir, ein paar Worte aus der Broschüre mitzutheilen, die von einem sehr unverdächtigen Manne herrührt, unter dem Titel „Der Krieg von 1870.“ Lord Acton, eine betannte Persönlichkeit, die sich im Jahre 1870 in Italien aufhielt und auch mit deutschen Kreisen, die der Regierung befreundet sind, in recht nahen Beziehungen gestanden hat, der redet auf Seite 19 der Broschüre, die nebenbei gesagt, in englischer Sprache geschrieben ist, von der französischen Partei in Florenz und sagt dann:

„Der Graf Bismarck hielt die Gefahr für so ernsthaft, daß er einen großen Preis für die Neutralität der Italiener bot, er war bereit, sich zu verbürgen, wenn Italien vom Kriege sich fern hielte, keinen Frieden zu zeichnen, der Italien nicht zum Herrn von Nizza, Savoyen und Rom mache. (Hört! im Centrum.) Die Italiener lehnten es ab, auf eine so unanständige Haltung gegenüber Frankreich einzugehen. Im August kam Prinz Napoleon nach Florenz. Der König neigte ihm zu, und sagte: Das Schwert von Savoyen pflege nicht in der Scheide zu ruhen, wenn es Gelegenheit zum Fechten gäbe. Aber die Minister hielten ihn zurück.“

Ich führe das, wie gesagt, nur an, damit die Herren sich überzeugen, daß Gerüchte verbreitet waren. Ich selbst enthalte mich jedes Urtheils.

Nun knüpfe ich also an den unterbrochenen Faden wieder an. Der Fürst Bismarck warf mit seinem Auftreten im Herrenhause die Sache auf ein ganz anderes Terrain. Vaticanische Beschlüsse, Syllabus, Encyclica — ich bitte Sie, m. H., darüber hat sich ja doch der Fürst entschieden genug ausgesprochen, daß man die Ueberzeugung von Willkür von Staatsangehörigen schlechthin zu respectiren habe, möge man sie für richtig halten oder nicht. Betrachtungen, wie sie der Hr. Cultusminister angestellt hat über die Erfahrung, die die „liberale“ Welt seit 50 Jahren gemacht, die liegen ihm vollends ganz und gar fern. Bis in das Jahr 1871 hinein, m. H., bestand nach dem Reichskanzler die wohlwollendste

Stimmung, ein ganz schönes Verhältniß; er bedankte sich sogar für die anerkennende Aeußerung, die in dieser Beziehung aus dem Munde des Hrn. v. Gruner gethan ward. Die schlimmen Leute — sagte er, fassen ganz wo anders. Das Centrum, m. H., das sei die Staatsgefahr, das sei die Brechbatterie mit gefährlichen Jugenteuren und noch schlimmeren Artilleristen. Diese Anschauung wurde sehr bestimmt formulirt — eine förmliche Anklage. Es heißt in der Aeußerung: „Und insofern klage ich die bewußten Gründer der Centrumpartei an.“

Nun kommen zwei Punkte; man denkt, man stände vor der H. Behme:

„Zu einer Zeit, wo tiefer confessioneller Friede im Lande war, da haben sie diesen Händstiff des Bewußtseins und Kampfes sorgfältig gesammelt in der Absicht, sich einer erheblichen Macht im Staate zu bemächtigen.“ (Sehr wahr! links.)

Nun passen Sie auf:

„Die erhebliche Macht, die für oder gegen die Regierung nach dem Willen der Fraktionsleiter den Ausschlag zu geben hätte — 70 — 80 Stimmen — womöglich auf 140 zu bringen. Wenn man das mit Erfolg organisiren kann, ist man der Herr im Staate. Der Staat aber thut wohl, daß er sich vorzieht, auf daß der König Herr im Staate bleibe und nicht die Centrumpartei.“

(Gelächter im Centrum.)

Nun, m. H., ich bitte, betrachten Sie diese Aeußerung nur einmal ganz unbefangen mit ruhigem Blute; worin besteht die Anklage? „Eine Parlamentspartei, die das Bestreben hat, möglichst stark zu werden und ihren Grundbesitz möglichst wirksames Gewicht in der Landesvertretung zu schaffen, 80 Stimmen bis 140.“ Nun haben Sie die Gewogenheit, und befehlen Sie einmal die anderen Parteien; die National-liberalen — 120 Stimmen haben sie schon, die Conservativen hatten auch einmal so viel, sind aber zum Glück auseinander gefallen (Heiterkeit) nach der Anschauung des Hrn. Reichskanzlers. Wenn Sie nun die Augenwendung auf sich selbst machen, dann können Sie gar nicht leugnen, daß nach der Anschauung des Hrn. Reichskanzlers Sie genau so staatsgefährlich sind, wie wir es nur sein können. (Sehr gut! im Centrum.) Es ist für Alle ganz genau dieselbe Lage, d. h. in ein allgemeines Princip überseht: das konstitutionelle Wesen gefällt ihm nicht, es ist sehr un bequem, mit Parlamenten und Parteien zu thun zu haben, die auf die Regierung einen maßgebenden Einfluß äußern, das ist staatsgefährlich, da regiert nicht mehr der König, das kann nicht gebildet werden. Nun bin ich überzeugt, daß diese Anklage für die Herren unmöglich ein überzeugendes Motiv zur Unterschreibung unserer Verurtheilung sein würde. Sie werden das Bedürfnis empfinden, doch die Anklage noch etwas schärfer substantiirt zu sehen, und da bin ich zu meiner Befriedigung in der Lage, auch noch eine derartige Substantiirung aus dem Munde des Hrn. Reichskanzlers zu geben. Der Hr. Reichskanzler hat nämlich auch den Begriff der Staatsgefährlichkeit so ziemlich festgesetzt. Er nahm Veranlassung, einem Mitgliede des Herrenhauses zu antworten, welches sich einer „großen Ueberhöhung“ in seinen Augen schuldig gemacht habe. Es lag darin freilich auch wieder kein Compliment für Sie, m. H., weil das Mitglied die Absicht ausgesprochen hatte, der Reichskanzler hätte der conservativen Partei sich entfremdet, er wäre von ihr abgegangen, offenbar nach der Richtung der „Liberalen“ hin; da wurde aber der Reichskanzler sehr böse und sagte u. A. Folgendes:

„Diese außerordentliche Ueberhöhung der Wichtigkeit der eigenen persönlichen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element. (Heiterkeit im Centrum.)“

Die Ueberhöhung der Wichtigkeit der eigenen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element,

„verbunden mit dieser Unfähigkeit, sich unterzuordnen“ — also gerade umgekehrt, wie Hr. Birchow, der erlaubt keine Unterordnung —

„mit diesem außerordentlichen Ueberfluß an Zeit, um nachzudenken“ —

da erinnere ich an den beschränkten Unterthanenverstand des Ministers v. Rochow —

„über das, was die Regierung thut, und die Kritik daran zu üben“, u. s. w.

Sehen Sie, m. H., da haben Sie die Definition des Begriffes von den staatszerstörenden Elementen. Nun, meine ich, können Sie sich wieder nicht dagegen sträuben, wenn ich Sie auch mit einrangire in die zahlreiche Classe der staatszerstörenden Elemente, und Sie werden sogar mit mir einverstanden sein, wenn ich die leise Vermuthung ausspreche, daß nach dieser Definition im ganzen Staate Preußen kein staatszerstörendes Element existirt, als wie der Hr. Reichskanzler selbst. (Sehr gut! im Centrum.)

Sie haben darin aber — und das ist der Ernst der Sache — die Definition, m. H., des nackten Absolutismus. Damit sind wir denn eine Stufe weiter: erst die Verurtheilung des Constitutionalismus und dann die Verurtheilung Jedes, der dem Regierungsabsolutismus widerspricht.

So, m. H., wenn Sie nun die drei gezeichneten Standpunkte unserer Gegner zusammenfassen, so sehen Sie den „Liberalismus“ und den Absolutismus in brüderlicher Vereinigung; Sie sehen die Negation der Kirche, Sie sehen die Bevormundung der Kirche, Sie sehen den Anspruch auf unbedingte widerspruchslose Dienstleistung seitens der Kirche. Das sind die drei Factoren, die neben einander marschiren, und deren Fahne die Inschrift führt: Staatsomnipotenz, d. h. das alte heidnische Staatsprincip. (Sehr gut! im Centrum.) Und nun sollten diese Allirten es — ich möchte sagen — nicht unter ihrer Würde halten, nur gegen die Centrumsfraction anzumarschiren? So viel Kraftaufwand, — m. H., wir werden sechs Ellen länger, wenn Sie versichern, das wäre wirklich im Ernst zu glauben. (Heiterkeit.) Nein, m. H., so liegt die Sache nicht, diese verbundenen Kräfte, die marschiren, keineswegs bloß gegen die Centrumsfraction und deren Freunde — nein, principiell aufgefakt, m. H., sie marschiren gegen die Kirche und gegen den Staat. (Sehr wahr! im Centrum.) Wachen links.)

Und wir, m. H., wir sind keine Brechbatterien, aber wir stehen in der Breche (Sehr gut! im Centrum), wir verteidigen das christliche Staatsprincip gegen das heidnische Staatsprincip. (Sehr wahr! im Centrum.) Wachen links), wir verteidigen die kirchliche Freiheit gegen die Uebergriffe der weltlichen Staatsmacht, wir verteidigen das historische Recht gegen revolutionäres Unrecht (Dho! links), und

m. S., es ist nicht zu viel, wenn ich sage: wir verteidigen die Krone von Gottes Gnaden gegen die eigenen Rathgeber der Krone. (Sehr wahr! und Bravo! im Centrum. Widerspruch und Lachen links.)

M. S., in diesem Kampfe stehen, Gott sei Dank, die Katholiken nicht allein, neben uns stehen gerade die treuesten Söhne der evangelischen Kirche. (Lebhafte Widerspruch links.) Wir sind uns der confessionellen Unterschiede sehr wohl bewußt. Indes wir achten wechselseitig die Freiheit der Ueberzeugung und stehen gemeinsam ein für die gemeinsame Freiheit; aber, m. S., wir sind uns auch vollständig bewußt der Solidarität der christlichen Interessen gegenüber der Zeitströmung, die sie mit Vernichtung bedroht. (Sehr gut! im Centrum.) Nun, unsere nächste Aufgabe ist sehr bald erfüllt, es wird dann die Reihe an die Kirchen selbst kommen. Was in der Beziehung geschieht, was insbesondere Seitens der katholischen Bischöfe geschieht wird, darüber bin ich des Näheren nicht eingeweiht (Bemerkung links), aber, m. S., Eins, das weiß ich gewiß, daß die Bischöfe sich als pflichtgetreue Hirten der Kirche bewähren werden, und daß das gläubige Volk fest auf ihrer Seite stehen wird.

Lassen Sie sich in der Beziehung Eins bemerken. Ich bin vielfach einem argen Mißverständnis begegnet; man hat vielfach gesagt: ach, laßt die nur protestiren, das wird nicht lange dauern; wenn die Gesetze in der Gesammmlung stehen, dann wird man sich schon beugen; das haben wir ja gesehen, erst haben die Bischöfe ein großes Wort gehabt, — nachdem das Vaticanum gesprochen, verstummte aller Widerspruch. (Sehr wahr! links.)

M. S., wer so urtheilt, dem fehlen die Anfangsgründe zum Verständnis des Katholicismus — (Sehr wahr! im Centrum. Lachen links. Ruf links: des Ultramontanismus!) M. S., so fest wie die Verpflichtung der Bischöfe stand, in Rom in vollster Freiheit ihre persönliche Meinung, sei es über die Materien oder über die Unzweckmäßigkeit der Frage zur Geltung zu bringen, ebenso fest stand von vornherein die Verpflichtung, sich im freien Glauben (Widerspruch links), im freien Glauben der dogmatischen Entscheidung des Concils zu unterwerfen; und das Geheimniß hiervon? M. S., das ist sehr einfach; das liegt in dem Glauben der Katholiken an die göttliche Leitung ihrer Kirche. Daß Sie das nicht glauben, ja das versteht sich von selbst, aber daß Sie es nicht begreifen, daß Andre es glauben, das nimmt mich Wunder. (Sehr gut! im Centrum; Heiterkeit.) Die Alternative für uns ist kurz gegeben: entweder, m. S., jeder dogmatische Anspruch der Kirche ist wahr, oder die ganze Kirche ist gelogen (Sehr wahr! im Centrum) — das ist die Alternative, und nun, m. S., eine ähnliche Alternative ist es, vor der wir heute stehen. Jetzt würde sie etwa so zu formuliren sein: entweder ist die Kirche heute selbstständig berechtigt, und der Staat ist nicht omnipotent, oder der Staat ist auch vor 1800 Jahren omnipotent gewesen, und Christus hat die Kirche zu Unrecht gestiftet und ... (Widerspruch) und die Witzzeugeten sind nicht Heilige, sondern Verbrecher gewesen. (Sehr wahr! im Centrum. Abg. Richter-Sängerhaujen: Unfinn!) M. S., es kommt darauf an, die Dinge scharf und klar zu präcisiren; der „Liberalismus“ leidet von jeher an Unklarheit (Heiterkeit), deshalb ist es ihm außerordentlich heilsam, wenn er dahin gebracht wird, denn doch etwas nachzudenken über die Logik, resp. über den Mangel an Logik, in dem er sich bewegt.

M. S., wie ich präcisirt habe, so steht die Alternative, und über die Antwort, welche die richtige ist, ist die gläubige Welt durchaus nicht zweifelhaft. Ueber die Grenzen zwischen der Staats- und Kirchencompetenz, darüber kann man streiten, darüber kann man pactiren, aber das Princip, daß der Staat nicht Gewalthaber ist über die Kirche in kirchlichen Dingen, das Princip steht so fest, wie das Christenthum selbst steht. (Sehr wahr! im Centrum.)

Wir wissen es sehr gut, daß wir schweren Tagen entgegengehen; es mag leicht kommen, daß unsere Bischofsstühle verwaist sind, es mag leicht kommen, daß gar viele Gemeinden vergeblich nach einem Seelsorger sich umsehen und darnach verlangen; aber, m. S., — die Würfel sind geworfen! Wir können gegen Gewissen und gegen Ueberzeugung nicht das verleugnen, was für uns das Heiligste ist, und wir rechnen darauf, daß der höchste Herr auf unserer Seite steht, und wenn die Noth am größten, dann ist die Hilfe am nächsten! (Lebhafte Bravo! im Centrum. Zwischen links. Glocke des Präsidenten.)

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

* Karlsruhe, 12. Mai. Wir sind weit davon entfernt, der „Bad. Landeszeitung“ ihre kindliche Freude trüben zu wollen, mit der sie das angebliche „Wachsthum der altkatholischen Bewegung in Baden“ verfolgt und sich abmüht zu beweisen, daß sie sich doch bewege. Aus ihrem bezüglichen Leitartikel von gestern, der das Wehrausschuß dem eigenen Genius unter die Nase schwingt, constatiren wir nur, was wir früher schon einmal hervorgehoben haben, daß sie sich selbst die Autorität des „Alt-katholicismus“ zuschreibt und denselben nicht von der Unfehlbarkeitserklärung her datirt, sondern schon im Jahr 1865 zurückverlegt. Wir freuen uns, daß die Stellen ihr hier einen schlimmen Streich gespielt hat, denn, was wir stets behaupteten, ist von gegnerischer Seite jetzt selbst zugestanden, daß das altkatholische Schisma die Infallibilität nur zum Vorwand gemacht hat, daß es schon früher geplant war. Am offenerhitzigsten ist aber das weitere Zugeständniß der Landeszeitung, daß der „Alt-katholicismus“ in dem Kampfe zwischen Oesterreich und Preußen im Jahr 1866 schon eine stille Rolle gespielt hat und zwar für preussische Rechnung. Er ist also lediglich von dieser Welt, — der wahrten, ächten und einzigen politischen Katholicismus und wird im preussischen Interesse — Herr Michels, der preussische Professor, wird das wohl am besten wissen — seine armselige Rolle

weiter spielen. Herzlichen Dank für diese offenen Geständnisse!

X Karlsruhe, 12. Mai. Gestern versammelte sich eine große Anzahl von Mitgliedern der katholischen Männervereine Beiertheim, Bulach, Daglanden und der Residenz Karlsruhe im oberen Saale zum Löwen in Beiertheim, um das Fest der Erinnerung an den Geburtstag des hochseligen Erzbischofs Hermann von Bicar und Sr. Heiligkeit des Papstes Pius des IX. zu feiern.

Die Festrede hielt Kaplan Eßner von Daglanden, nachdem der Vereinsvorstand Herr Kary die Anwesenden begrüßt hatte. Ersterer entwarf ein anschauliches Bild der edlen Eigenschaften des verstorbenen Erzbischofs, er schilderte an einem selbsterlebten Beispiel die Herzensgüte, das Wohlwollen und die herablassende Liebeshuldigkeit des erhabenen Kirchenfürsten, betonte aber auch seine Standhaftigkeit, seinen Muth und sein unerschütterliches Gottvertrauen in der Vertheidigung der Rechte der kath. Kirche. — Wohlverdienter, reicher Beifall lohnte den Redner.

Pfarrverweser Kreuzer von Bulach hatte sich die Tugenden des hl. Vaters, dessen Geburtstag — 13. Mai 1791 — mit jenem des hochseligen Erzbischofs Hermann — 13. Mai 1773 — zusammengestellt, als Thema seines Vortrags gewählt; er schilderte in meisterhaften Zügen den heiligen Vater als vorleuchtendes Beispiel für jeden Katholiken in dieser gefahrvollen Zeit und brachte schließlich auf den erhaltenen Dulder ein Hoch aus, in das die Versammelten mit Begeisterung einstimmten.

Zur Verschönerung des Festes trugen die Gesangsvereine von Bulach und Daglanden wesentlich bei, die trotz der kurzen Zeit ihres Bestandes schon Vortreffliches leisteten. Die Bildung von Gesangsvereinen innerhalb der katholischen Männervereine ist überhaupt ein Mittel, die Geselligkeit und Liebe zum Vereinsleben zu fördern, und verdient überall, wo sich geeignete Kräfte finden, angestrebt zu werden.

Auf die Reden ernstern Inhalts folgten humoristische Vorträge und wechselten mit Gesängen ab; — nur zu rasch nahte die Stunde des Abschieds.

Die Wahrnehmung, wie in den der Residenz so nahe gelegenen Ortschaften ein reges, katholisches Leben blüht, welche gesunder Sinn und klare Verstandniß für die großen Fragen der Zeit unter dem Landvolk herrscht, machte auf uns den wohlthätigsten Eindruck. Wenn die Landeszeitung jüngst einmal ausgerufen hat, „von Jahr bis nach Karlsruhe sehe es schieß aus mit dem Ultracatholicismus, es sei auf dem Lande noch zu viel Finsterniß,“ so können wir dies mit Bezug auf die der Residenz nächst gelegenen Ortschaften vollkommen bestätigen. Die Bauern von Beiertheim, Bulach und Daglanden halten fest an dem von ihren Vätern ererbten Glauben und lassen sich von dem trügerischen Licht liberaler Aufklärung nicht blenden.

* Karlsruhe, 13. Mai. In festlich geschmücktem Saal waren gestern Abend an 300 Männer in der „Constantia“ versammelt, um das in allen katholischen Kreisen des Landes gefeierte Fest auch hier zu begehen. Die Rede auf den hochsel. Erzbischof Hermann hielt Herr Kaplan Mez unter rauschendem Beifall, ihm schloß sich Herr Pfarrverweser Kreuzer von Bulach an mit einem schwingvollen Toast auf den hl. Vater Pius IX., und Dr. Bissing, an den Protest der Bischöfe in Fulda anknüpfend, zeichnete das mit allen gesetzlichen Mitteln, wie Wahlen u. s. w., zu bekämpfende Bismarck'sche System, das er als bedenklich und gefährlich für die Nation schilderte. Die von mehreren Gesangsvereinen vorgetragenen Lieder fanden reichen Beifall. Nicht vergessen dürfen wir zu erwähnen, daß die kath. Vereine von Beiertheim, Bulach und Daglanden zahlreich als liebe Gäste erschienen waren.

Stuttgart, 12. Mai. Dem „Schwäbischen Merkur“ wird aus Karlsruhe geschrieben, daß es gelungen sei, Professor v. Treitschke der Heidelberger Hochschule zu erhalten.

Frankfurt, 10. Mai. Die Berathung über das Münzgesetz ist vom Reichstage vertagt, bis die Regierung das von ihr angekündigte Gesetz über das Staatspapiergeld vorgelegt haben wird. Inzwischen ist die Abstimmung über das Zweimarkstück der Gegenstand der journalistischen Debatte. Die „Magd. Bzg.“ beklagt in einem Berliner Briefe, dessen Anschauungen sich die „N. A. Z.“ zu eigen macht, namentlich, daß das clericale Centrum und die Fortschrittspartei die Frage zu einer politischen gemacht und daß eine Anzahl reichstreuher Süddeutschen sich dieser Coalition angeschlossen hätten. „Wir sehen,“ heißt es in der Correspondenz, „mit erhöhter Aufmerksamkeit und Sorge den bevorstehenden Neuwahlen entgegen. Eine Verschiebung von nur 20 bis 30 Stimmen im Reichstage könnte zu weittra-

genden Folgen führen. Der Beschluß über das Zweimarkstück in dem jetzigen Reichstage ist ein schlagender Beweis dafür und zugleich eine Mahnung an Alle, die es mit dem Reiche und seiner Entwicklung wohl meinen.“ Als ein Beweis, wie jede Opposition gegen Bismarck und den Bundesrath im nationalliberalen und ministeriellen Lager einer Todsfünde gleich geachtet, und „Reichstreue“ und unbedingte Ergebenheit völlig identificirt werden, ist diese sorgenvolle Aeußerung immerhin werth notirt zu werden. (Frkf. Z.)

Berlin, 12. Mai. In Abgeordnetentreisen wird berichtet, daß der Kaiser gestern das Serbisches und die Kirchengesetze vollzogen habe. — Der Abgeordnete v. Bodelschwingh, vormaliger preussischer Finanzminister, ist gestorben.

In der heutigen Sitzung des Reichstages erklärte Staatsminister Delbrück auf eine Interpellation betreffs Vorlage eines Gesetzes über Bestrafung des Contractbruches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die preussische Regierung beabsichtige schon längst ein derartiges Gesetz einzubringen und werde sehr bald einen Entwurf dem Bundesrath unterbreiten, eine Erledigung desselben sei noch in dieser Session wahrscheinlich.

Berlin, 12. Mai. Graf Tzenpliz hat heute die nachgesuchte Entlassung erhalten. Im Abgeordnetenhaus wird morgen Vertagung der Eisenbahndebatte bis nach Ernennung eines neuen Handelsministers beantragt werden.

Ausland.

Bern, 12. Mai. Lachat hat an den Bundesrath ein Schreiben gerichtet, worin er erklärt, daß, obgleich er sich noch immer als Bischof der ganzen Diocese Basel betrachte, er nichtsdestoweniger behufs Vermeidung größerer Conflicte gewisse Modificationen in der Jurisdiction über die Diocese eintreten lassen werde.

Rom, 11. Mai. Wegen des Verbots eines Meetings, welches die vollständige Aufhebung der religiösen Körperschaften verlangen wollte, fanden Demonstrationen statt. Die Demonstranten wurden durch die bewaffnete Macht verhindert, gegen den Quirinal zu ziehen.

Rom, 10. Mai. Gestern hat eine Zusammenkunft von der Minorität angehörigen Deputirten stattgefunden, um sich über verschiedene Amendements zu besprechen, welche sie zu dem Gesetzentwurf über die religiösen Körperschaften einzubringen beabsichtigen.

Paris, 12. Mai. Bei den gestrigen Wahlen siegten wieder die Radicals. Gewählt sind: Rauc, Guyot, Périn, Rigaud, Leguillon.

Paris, 12. Mai. Nach dem bis jetzt bekannten Resultat über die gestern stattgehabten Ersatzwahlen ist die Wahl der republikanischen und radicalen Candidaten in Lyon, Blois und Limoges gesichert. In der Charente inférieure hat der bonapartistische Candidat die Majorität.

Madrid, 11. Mai. Bei dem ersten Wahltage haben die Candidaten der föderativ-republikanischen Partei in Madrid die Majorität erzielt. Das Ergebniß der Wahlen in den Provinzen ist bis jetzt noch unbekannt.

Madrid, 12. Mai. Nach den bisher bekannten Wahlergebnissen des ersten Wahltages sind 138 Föderalisten, 9 Radicals, 2 Conservative, 1 Alfonsist und 1 unitarischer Republikaner gewählt worden. Die Wahl von etwa 350 Föderalisten und 40 Oppositionsabgeordneten aller Parteien wird allgemein als Gesamtergebniß der Wahlen erwartet.

New-York, 10. Mai. Die Modoc-Indianer sind nach einem neuen Ausfall den Unionstruppen vollständig aus den Augen gekommen, letztere erhielten Befehl, die Lavafelder, in welchen die Modoc-Indianer sich bis dahin verborgen gehalten haben, auf das Eingehendste zu durchsuchen. — Die zur Unterstützung der Polizei in Louisiana bestimmten Truppen sind auf dem Anmarsche; der bewaffnete Widerstand gegen die zwangsweise Einhebung der Steuern läßt nach.

Notizes.

* Aus Philippsburg geht uns über das dortige Brandunglück vom 10. d. noch folgende weitere Meldung zu: Unsere Stadt wurde heute von einem Brandunglück heimgesucht, welches sehr leicht große Dimensionen hätte annehmen können. Der Herd des Feuers blieb auf das hiesige Rathhaus beschränkt. Die Delonomiegebäude sind ganz, der bewohnte Theil des Hauses zum Theil ausgebrannt. Es wurden die Familien der Lehrer Rombach und Braun, welche den zweiten Stock bewohnten, schwer betroffen. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich; doch wurde kein Menschenleben geschädigt. Die Hilfe der hiesigen Bewohner, wie solche von auswärts, wurde mit großer Opferwilligkeit geleistet.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

